

daß er eine Einstellung der Zahlungen seines Bistums für den Nationalen Rat für Katechese, den Rat der Kirchen in den Niederlanden, die Studentenseelsorge und die Rundfunkarbeit erwäge, weil die von ihm geforderten Veränderungen in der Arbeit dieser Einrichtungen nicht erkennbar seien. Diese Ankündigung wurde von Kardinal Willebrands bedauert (vgl. Archief van den Kerken, 1981, S. 1217).

Auch die Bewältigung der wichtigsten Folgelast der Sondersynode steht den niederländischen Bischöfen noch bevor. Wie im Schlußdokument vorgesehen, wurden nach der Synode zwei bischöfliche Kommissionen gebildet. Die eine hatte den Auftrag, eine Untersuchung über die theologischen Ausbildungsstätten in der niederländischen Kirche vorzunehmen, die andere sollte sich der Frage der Mitarbeit von Laien in der Seelsorge, besonders im Blick auf die Pastoralreferenten widmen. Während der Bericht der Kommission über die theologischen Ausbildungsstätten noch nicht fertiggestellt ist, liegt das Arbeitsergebnis der Kommission, die sich mit der Mitarbeit der Laien in der Kirche und speziell mit dem Einsatz der inzwischen 330 „pastorale werkers“ beschäftigte, nunmehr vor. Mit ihm wird sich zunächst der Rat der Sondersynode befassen. Der Bericht unterstreicht einerseits die Bedeutung der Arbeit der Pastoralreferenten in der Seelsorge, betont aber gleichzeitig im Sinn der vom Synodendokument gemachten Vorgaben den Unterschied zwischen dem kirchlichen Amt und den neuen Diensten der Laien.

Damit sind weitere innerkirchliche Spannungen und Schwierigkeiten bereits vorprogrammiert, da die in den einzelnen Diözesen bestehenden „Vereinigungen von in der Pastoral Tätigen“, denen Priester wie Pastoralreferenten angehören und mit denen die Bischöfe trotz Meinungsverschiedenheiten im Gespräch sind, deutlich andere Akzente setzen. Sie berufen sich auf die faktische Entwicklung des kirchlichen Lebens in den Gemeinden und leiten von daher Forderungen nach einer Neustrukturierung des kirchlichen Amtes ab.

In der niederländischen Presse fielen die Antworten auf die Frage, ob mit der Ernennung der Weihbischöfe auch eine Lösung der Vertrauenskrise in der katholischen Kirche in Sicht komme, zurückhaltend-skeptisch aus. Stimmen aus verschiedenen kirchlichen Räten und Organisationen, die beklagten, daß die neuen Bischöfe ernannt worden seien, ohne daß man das Kirchenvolk zuvor konsultiert habe, können deutlich machen, wonach wie vor das *Grundproblem* liegt: In einem viel beachteten Vortrag vor Journalisten im letzten Frühjahr erklärte der Sekretär der niederländi-

schen Bischofskonferenz, *H. A. van Munster* OFM, der holländische Katholizismus sei vom Neben- und Gegeneinander zweier Vorstellungen von Kirche geprägt. Die eine begreife Kirche von oben, die andere von unten, von der Glaubenserfahrung der örtlichen Gemeinschaft her. Die Auseinandersetzungen der letzten Zeit hätten die Unfähigkeit an den Tag gebracht, „die Synthese dieser beiden Vorstellungen von Kirche, die das Zweite Vatikanum formulierte, in einer konkreten kirchlichen Gemeinschaft mit konkreten Menschen und einer konkreten Vergangenheit zu verwirklichen“. *U. R.*

Polen: Schwache Hoffnungen

Eingekleidet in noch ziemlich unbestimmte und auch beliebig auslegbare Klauseln, hat Polens Armeegeneral, Regierung- und Parteichef *Wojciech Jaruzelski* in der ersten Sejm-Sitzung seit Verhängung des auf dem Kriegsrecht beruhenden Ausnahmezustand am 25. Januar (vgl. HK, Februar 1982, 65 ff.) einen Zeitpunkt für die mögliche Aufhebung der über dem Land lastenden Beschränkungen genannt: „Falls es nicht zu unvorhergesehenen Ereignissen kommt und keine illegalen Handlungen unternommen werden, werden die Beschränkungen des Kriegsrechtes bis Ende nächsten Monats (also Februar) ernsthaft beschnitten oder ganz aufgehoben werden.“ Einschränkend hatten Regierungsvertreter freilich noch vor Jaruzelskis Rede wissen lassen, zumindest „technisch“ werde das *Kriegsrecht* noch ein Jahr lang in Kraft bleiben. Selbst im günstigsten Falle wird Polen also das Ende eines doppelt harten Winters abzuwarten haben – Rückruf partiell „gewährter“ Erleichterungen im Prinzip jederzeit vorbehalten. Das Parlament hat am 15. Januar (mit einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen) das Kriegsrecht legalisiert, die im Ausmaß alles Bisherige übertreffenden *Preiserhöhungen* sind verkündet, in sehr bescheidenen Größenordnungen wurden Internierte freigelassen, während – immerhin bei einigen Freisprüchen – mit unverkennbarer

Kontinuität Aktivisten und Sympathisanten der „Solidarność“ nunmehr „regulär“ verhaftet und verurteilt werden. Der Armeegeneral wiederholte seine Offerte, internierte Regimegegner könnten in Länder ihrer Wahl ausreisen. Die Regierung tituliert die mindestens 47 Lager unterdessen als „Isolations“- oder „Absonderungszentren“ und wird nicht müde, die erträglichen Lebensbedingungen daselbst herauszustreichen.

Indessen wurden die unter Druck zustande gekommenen *Loyalitätserklärungen* und damit verbundenen Androhungen von Änderungs-Kündigungen in Betrieben, über die zu klagen Polens Primas *Jozef Glemp* seit Jahresbeginn mehrfach Anlaß hatte, trotz einer Bekundung von ZK-Mitglied *Ryszard Wojna*, Schuld sei lediglich lokaler Übereifer untergeordneter Instanzen, offenkundig nicht aufgeklärt.

Bis Mitte Februar war die Lage insgesamt noch sehr unbestimmt, aber einige Tendenzen ließen sich doch deutlicher erkennen: Die *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)*, wochenlang so gut wie abwesend, hat sich wieder bemerkbar gemacht, sie sucht personell und programmatisch Gestalt zu gewinnen. Nach dem Tode des KPDSU-Ideologen *Suslow* verloren Parteigänger Moskaus in Polens KP wie *Olszowski* offenbar an Einfluß, ohne daß erkennbar wurde, wie weit

Jaruzelski und seine Anhänger – denen in etwa „ungarische“ Verhältnisse vorschweben dürften – diese ihre Konzeption als verbindliche Richtlinie durchzusetzen vermögen. *Wirtschaftlich* wurde trotz Arbeitspflicht, militärischem Regiment und stetig steigenden Hilfslieferungen aus West und Ost kaum etwas besser. „*Solidarność*“-Aktivisten begannen sich in jener auch für eine Armee schwer zugänglichen Grauzone zwischen politischem Unmut, Bummelstreik und versteckter Sabotage zu sammeln. Zwei Monate nach seiner Machtübernahme legte der Militärerrat ein *Regierungsprogramm* vor und beauftragte Wirtschaftsfachleute, Lösungsmöglichkeiten für einen Weg aus der ökonomischen Krise zu formulieren. Im März will man ein Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft vorlegen. Insgesamt soll die Ernährungslage durch Schwerpunktverlagerung weg von der Industrie verbessert werden. Die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern des RGW soll ausgebaut, die Schuldenlast im Westen vermindert werden. Ein erster Polen-Besuch von *Berthold Beitz* (Krupp Essen) im Februar deutete an, daß manche dünn gewordenen Fäden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wieder verstärkt werden.

Ein Aufschwung der Binnenwirtschaft ist aber ohne innenpolitische Entspannung nur schwerlich zu erwarten; „Normalisierung“ wiederum heißt *Lösung der Gewerkschaftsfrage*. Zu vieles an den offiziellen Äußerungen aus Warschau blieb widersprüchlich: Zusage, die „gutwilligen“ Anhänger der „Solidarität“ könnten sich mittelfristig wieder in einer unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft organisieren, wechselten mit vielerlei Polemik. Polens Vizepremier *Rakowski* sollte „politische Prämissen“ für eine „Wiedergeburt“ der Gewerkschaft skizzieren, aber zugleich wurde *Lech Walesas* Hausarrest in eine *offizielle Internierung* umgewandelt und blieben Forderungen nach Freilassung wenigstens aller Mitglieder des Präsidiums, wenn schon nicht der Landeskommision von „*Solidarność*“, unerfüllt. Stattdessen suchte das Regime manche vermeintliche oder vielleicht tatsächlich entstandene Legende zu

zerstören, etwa, es seien gar nicht 10, sondern nur 4,5 Millionen eingeschriebener Mitglieder der „Solidarität“ gewesen. Ob Überlegungen, die alte „Solidarität“ in eine große Zahl kleiner Unterorganisationen aufzuteilen und damit politisch zu neutralisieren, nennenswerten Erfolg in der gegenwärtigen Situation haben, ist ebenso ungewiß wie Pläne, grundsätzlich keinen Gewerkschaftsbund, sondern *nur noch Branchengewerkschaften* zuzulassen.

Bei aller Propaganda macht sich das Regime offenkundig keine übermäßigen Illusionen über die Stimmung im Lande. Kennzeichnend dafür war die von linientreuen Unmutsäußerungen unterbrochene Sejm-Rede des Abgeordneten *Maluczynski*, eines parteilosen Journalisten, der den Militärerrat davor warnte, „den Kriegszustand liebzugewinnen“. Bei manchen Stimmen könne man fast den Eindruck gewinnen, der „kriegerische Zustand“, den Jaruzelski am 13. Dezember noch als notwendiges Übel bezeichnet hatte, sei ein gesegneter Zustand. Laut einer Anfang Februar offiziell publizierten Umfrage unter Warschauer Bürgern waren 22 Prozent der Befragten der Meinung, seit Verhängung des Kriegsrechts habe sich nichts zum Besseren verändert. 51 Prozent hielten danach die Ausrufung des Kriegsrechts für gerechtfertigt, 19 Prozent lehnten sie entschieden ab. Beklagt wurden vor allem das überregionale Reiseverbot (49 Prozent), vergleichsweise selten (8 Prozent – wobei demoskopische Details nicht mitgeteilt wurden) die Suspendierung gewerkschaftlicher Arbeit und das Fehlen gewerkschaftlicher Zeitungen.

Naturgemäß ist einer Bevölkerungsmehrheit der *wirtschaftliche Standard* wichtiger als umfassende politische Freiheit – einstweilen müssen aber Polens Hausfrauen auf bessere Versorgung ebenso warten wie die unter halb-militärisches Regiment gestellten Studenten auf manche inzwischen zum Maßstab gewordenen Freiheiten des vergangenen Jahres.

In einem am 24. und 31. des Monats in allen Kirchen verlesenen Hirtenbrief – die Polnische Bischofskonferenz

schrieb zugleich an General Jaruzelski – wiederholte der Episkopat seine Forderung, das Kriegsrecht aufzuheben und die Internierten freizulassen und warnte vor dem Versuch, den Schein einer unabhängigen Gewerkschaft dadurch zu wahren, daß man eine regierungskonforme Gewerkschaft gleichen Namens organisiere. Zugleich beklagten die Bischöfe den infolge der „Ausschaltung“ vieler Künstler und Intellektueller verursachten kulturellen Aderlaß. Die Bischöfe warnten ausdrücklich vor einer „Vergewaltigung des Gewissens der Individuen“, riefen aber zugleich auch ein weiteres Mal zum Dialog auf, der schwierig, aber nicht unmöglich sei. Die Verletzung des Freiheitsrechts hingegen sei der Weg zum Protest, zu Aufständen und könne sogar „zu brudermörderischen Kämpfen führen“.

Die Kirche Polens handelt angesichts des andauernden Kriegsrechts mehr oder weniger nach dem Prinzip Hoffnung. Wie wenig Hoffnung auf unmittelbare Erfolge im politisch-gesellschaftlichen Bereich sie allerdings hat, machte Primas Glemp deutlich, als er vor seinem Abflug nach Rom am 4. Februar auf eine entsprechende Reporterfrage antwortete: „Ich bin immer voller Hoffnung.“ Nach seiner Ankunft in Rom präziserte er diese Antwort dann noch einmal mit dem bezeichnenden Satz: man habe eine geringe Hoffnung, aber diese sei stark.

Bezüglich der Zukunft der Kirche selbst gibt es jedoch vereinzelte Anzeichen dafür, daß Regierung und Partei nach wie vor mit ihr rechnen. Kirchenminister *Kuberski*, der den Primas auf dem Flughafen verabschiedete, gab kurz darauf (interessanterweise in „Radio Budapest“) ein bemerkenswertes Interview, das scharf kontrastierte zu düsteren Spekulationen, nach der „*Solidarność*“ könne der zweite große Schlag der Militärs der Kirche gelten. Der Ausnahmezustand, beteuerte *Kuberski*, stelle „in keiner Weise“ einen Eingriff in die Freiheit der religiösen Betätigung dar. Auf die Feststellung von „Radio Budapest“, daß „die katholische Kirche Polens, die in den schwierigsten Phasen der Geschichte des Landes stets eine patriotische

Rolle gespielt hat, auch diesmal die Ziele der nationalen Rettung unterstützt“, entgegnete der Minister u. a., Vertreter der Kirche hätten vom ersten Augenblick an solchen Menschen Hilfe gewährt, „die aufgrund der Verhängung des Ausnahmezustands in eine schwierige Lage gerieten“. Dies sei ein Teil der caritativen Aufgabe der Kirche, und als solche sei sie auch zu bewerten. Kuberski: „Das war nicht irgendeine politische Demonstration, sondern lediglich die Erfüllung jener Aufgaben, die die Kirche übernommen hatte.“

Am 17. Januar gab es erstmals seit Dezember auch wieder eine *Gottesdienstübertragung* im staatlichen Rundfunk, jedoch nur im zweiten (nicht in der UdSSR zu empfangenden) Programm. Bei seinen im Radio übertragenen Predigten bemühte sich Erzbischof Glomp, ohne Verzicht auf inhaltliche Deutlichkeit seiner Kritik, Schärfe zu vermeiden. Manchen Beobachtern schien seine Linie zeitweilig von derjenigen des Krakauer Kardinals *Macharski* abzuweichen. Dem läßt sich entgegenhalten, daß *Macharski* (wiewohl er in einer Predigt zum Dreikönigsfest von einer gegen ihn gerichteten anonymen Morddrohung berichtete) kirchlicher Spitzenvertreter in der gemischten Staat-Kirche-Kommission ist, die am 18. Januar wieder tagte. Im gemeinsamen, auch in Polen veröffentlichten Kommuniqué hieß es, „daß die *Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche* gegenwärtig ein wichtiger Faktor ist, der den Ausweg aus dem Kriegszustand begünstigt“ und daß *Wirtschaftssanktionen* „ein beträchtliches Hindernis für die Rückkehr zur vollen Realisierung des Erneuerungsprozesses im Geiste der sozialen Abkommen verzögern“. Die ins Kommuniqué ebenfalls aufgenommene Sorge der Bischöfe über „Rachegefühle“ gegenüber Bürgern wurde von der Regierung mit den Worten kommentiert, „Aktionen dieser Art“ stimmten nicht mit den Absichten der Regierung überein.

Als der Sejm das Kriegsrecht legalisierte, versicherte Jaruzelski, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche zähle zu den bleibenden Prinzipien und man sei an dem fortzusetzen

den Dialog „aufrichtig interessiert“. Innerhalb des Episkopats gab es unterdessen Diskussionen, welcher Weg im einzelnen gegenüber den Machthabern zweckmäßigerweise einzuschlagen sei. In den Gesprächen, die Glomp – begleitet von *Macharski* und vom Breslauer Erzbischof *Gulbinowicz* – vom 4. bis 11. Februar im Vatikan führte, wurde nach außen soviel erkennbar, daß Papst wie Primas ihre im Januar formulierten Leitlinien bestätigten, also keine Lösung der Krise ohne eine wieder von Walesa zu führende „*Solidarność*“ sehen, daß sie aber weiterhin die Verständigung zwischen allen Beteiligten suchen und dabei auf Jaruzelski und seine – im Vergleich wohlgerneht – „gemäßigte“

Konzeption setzen. Bei allen Vorbehalten wird dem Armeegeneral von der Kirchenführung hohes persönliches Ethos bescheinigt. Der Unterschied liegt im wesentlichen darin, daß Jaruzelski seinen Dialog auf Staatsmacht und Kirche eingrenzen möchte, die Bischöfe hingegen auf Rückkehr zur Politik des die Gewerkschaft einschließenden Dreier-Dialogs bestehen. Diese Linie dürfte aber immer schwerer durchzuhalten sein. Abgesehen davon, daß Teile der Arbeiterschaft härteren Widerstand der Kirche erwarten, scheint die Regierung – anders sind zunehmende Angriffe auf Teile des Klerus nicht zu verstehen – trotz offizieller Konzilianz, die Kirche selbst angreifen zu wollen. *M. H.*

USA: Bischöfe gegen Atomrüstung

Noch vor zwei Jahren waren in den Vereinigten Staaten Gruppen, die gegen die Atomrüstung auftraten, ein wenig beachtetes Phänomen. Es gab vereinzelte Zusammenschlüsse, die aus der Bürgerrechts- und Anti-Vietnam-Bewegung der sechziger Jahre entstanden, und die radikalen Pazifisten verschiedener Sekten. Im Zusammenhang mit der Iran- und Afghanistankrise ließen sich dann neue Akzente feststellen; die Informationen über die möglichen Folgen eines mit modernen Kampfmitteln geführten Krieges waren gewachsen und hatten die öffentliche Diskussion erweitert (vgl. HK, Juli 1980, 330 ff.). Mit der „Friedensbewegung“ in Europa läßt sich die amerikanische Entwicklung auch heute noch nicht vergleichen. Doch im letzten halben Jahr ist ihr unerwartet starke Unterstützung aus verschiedenen Kirchen des Landes zugewachsen, vor allem von zahlreichen katholischen Bischöfen, von denen sich inzwischen mehr als 30 einzeln gegen Produktion und Einsatz von Atomwaffen ausgesprochen haben. Die Liste der Stimmen gegen die atomare Rüstung ist so umfangreich und die Stellungnahmen sind zum Teil so direkt, daß *Arthur Jones*, der Washingtoner Mitarbeiter des „National Catholic Reporter“ prophezeite, das

Wort „katholisch“ werde in den Vereinigten Staaten zum Synonym für „Kriegsgegner“, „Atomgegner“, „Frieden“ und „Protest“ werden. „In den 80er Jahren“, so schrieb er, „wird der amerikanische Katholizismus deutlich Stellung beziehen; direkt und indirekt, friedlich und durch Sabotage, einzeln und in Gruppen, absichtlich und unabsichtlich wird man ‚nein‘ sagen zur amerikanischen Rüstungspolitik und der atomar bestimmten Sicherheitsmentalität des Landes.“

Ein Beispiel unter mehreren: Der katholische Erzbischof von Seattle in den USA, *Raymond G. Hunthausen*, hat seine im Sommer vergangenen Jahres geäußerte Drohung wahr gemacht: Aus Protest gegen die atomare Rüstung in den Vereinigten Staaten will er ab sofort 50 Prozent seiner Einkommensteuer verweigern. Dies teilte der Erzbischof Ende Januar in der Kirchenzeitung seines Bistums mit (vgl. NC, 27. 1. 82). *Hunthausen* hatte im Sommer 1981 für eine einseitige Abrüstung plädiert und schon damals zu einem *Steuerboykott* aufgerufen; eine derartige Zahlungsverweigerung sei eine Methode des gewaltlosen Widerstandes. Seine Absicht sei es allerdings nicht, in der Friedensfrage die christliche Gemeinschaft zu spalten, versicherte *Hunthausen* jetzt. Auch andere